

Leserbrief (Glosse)**Titelvorschlag: Bürgerinitiative Bi-Dell: Egoistische Zyniker mit niveauloser und „unöschlicher“ Gesprächskultur.**

Da geht man wohlgelaunt und in Erwartung der Präsentation des lang ersehnten Baulandkatasters, pardon Baulückenkatasters, zur Planungsausschusssitzung am 17.09.2015 und schleicht total bedröppelt nach der Sitzung nach Hause.

Was war passiert, dass unsereins so bedröppelt werden konnte?

Nun, wie fast schon gewohnt, wurde der heiß erwartete Tagesordnungspunkt: „Baulandkataster“ (Baulückenkataster) wiederum von der Tagesordnung genommen, da nach nunmehr fast einem Jahr seit der ersten geplanten Präsentation noch erheblicher verwaltungsinterner Abstimmungsbedarf bestünde. Anscheinend dauert die Abstimmung in der Verwaltung länger als die Aufstellung des Baulückenkatasters. Also wieder eine unerfüllte Sitzungspilgerreise.

Aber es sollte dann doch noch ein wenig Spannung aufkommen. Bei der unerklärlichen Beschleunigung der Bebauung der Richtericher Dell, lernten wir, dass wir als unentgeltlich, konstruktiv und engagiert tätige Bürger, die große Teile ihrer Freizeit opfern, unverschämt seien, nicht die öscher Gesprächskultur beherrschten und trotz guter Argumente so unter Niveau arbeiten würden, dass die Politik uns nun nicht mehr ernstnehmen sowie nicht mehr mit uns sprechen würde.

Warum nun das?

Nun, wie jetzt im Protokoll zum 09.09.2015 der Bezirksvertretung Richterich aufgeführt, wurde der unerklärliche Baubeschleunigungsbeschluss in Richterich **„ohne Aussprache“** direkt gefasst. Daher verstanden wir dessen Entstehung als *„hinter verschlossenen Türen“*. Die Fraktionen hatten sich bereits vor der Sitzung auf diesen Beschluss verständigt (Fr. Köhne), was eine Tatsache ist. Im „aussprachelosen“ Beschluss wird die Baustraße zur BAB gefordert, die ca. 5 Mio. € kosten aber nach Fertigstellung der Umgehungsstraße wieder zurück gebaut werden wird. Auch unsere Darstellung, dass die BürgerInnen bei der tags zuvor durchgeführten „Bürgeranhörung“ zu fast 100% gegen die Bebauung der Richtericher Dell waren, dürfte viele Politiker zwar aufregen, aber doch nicht so sehr erregen, dass sie Schmähungen gegen uns formulieren müssten.

Das Faktum, dass die Umwidmung in der FNP-Änderung 131 die ganzen 37 ha des geplanten Neubaugebietes betrifft, wobei für den „planfeststellung-ersetzenden Bebauungsplan“ für die Umgehungsstraße lediglich ca. 1,5 ha und bei ausgereifter Planung nur ca. 0,9 ha

erforderlich wären. Dass zudem die vielen sachkundigen Nachfragen zur Verkehrsentwicklung der BürgerInnen fast durchweg keine Antworten fanden, steht auch außer Frage, kann aber die Vehemenz der Schmähungen gegen uns auch nicht erklären.

Was wurde uns denn nun konkret vorgeworfen?

„Herr Rau (Grüne) warf der Bi-Dell u.a. Zynismus und Diffamierung der Politiker vor. Die Bi-Dell versuche nach dem Sankt Floriansprinzip ein Neubaugebiet zu verhindern. Zudem solle man auch an die Flüchtlinge denken.“ Diese unsachliche Neiddebatte sind wir schon gewohnt aber ggf. hat Herr Rau Sarkasmus mit Zynismus verwechselt. Das derzeitige Totschlagargument des Flüchtlingsanstroms taugt für die Bebauung der Richtericher Dell ab 2020 wohl kaum.

„Frau Breuer (CDU) konnte nicht verstehen, was diese Info-e-mail der Bi-Dell solle.“ Hier werden wir demnächst die Sachverhalte noch barrierefreier darstellen.

„Herr Baal (CDU) setzte Allem noch ein Krönchen auf und meinte theatralisch „dass in Aachen eine andere Diskussionskultur herrsche“.

Wir müssen Herrn Baal hier leider beipflichten, da wir mit der Informations-e-mail an alle PolitikerInnen nachvollziehbar die öscher Diskussionskultur verletzt haben, weil aufgrund der guten alten Diskussionskultur in Aachen die BürgerInnen in allen Ausschüssen noch nicht einmal ein Fragerecht haben; d.h. für alle BürgerInnen und Bürgerinitiativen: Reden ist Silber, Schweigen ist Gold, wogegen wir schon mehrfach verstoßen haben.

Herr Baal weiter: „Die Informations-e-mail der Bi-Dell könne das in Aachen herrschende politische Niveau nicht erreichen, sondern arbeite mit Unterstellungen (Hintertür-Politik) und Diffamierungen der Politiker. Damit würden für die Politiker auch die teilweise guten Argumente der Bi-Dell nicht mehr zählen.“

Der Joker der Unterstellung von: „Niveaulosigkeit“ wird zumeist gezogen, wenn den sachlichen Argumenten nichts mehr entgegengestellt werden kann. „Gute Argumente“ können nicht niveaulos sein! Dass diese „guten Argumente“ aber durch unsere „Niveaulosigkeit“ nicht mehr zählen würden; klingt irgendwie widersprüchlich, oder? Hier sollte wohl bewusst von den sachlich stichhaltigen Argumenten abgelenkt werden.

Herr Baal weiter: „Die Bezirksvertretung Richterich sei doch durch ihre „aussprachelose“ Beschlussvorlage auf die Argumente der BürgerInnen eingegangen. Nach solch einer e-mail sei die Bi-Dell aber kein Ansprechpartner mehr für die Politik.“

Dass wir kein Ansprechpartner mehr für die Politik sein werden, ist für uns keine Drohung, da wir, bis auf wenige Ausnahmen, bisher von der Politik noch nicht als Ansprechpartner jemals kontaktiert worden sind. Damit können wir aber weiter leben.

Wenn es unser sachlicher Vortrag in der Info-e-mail nicht war, was war dann wohl der Auslöser, dass die vorstehend zitierten PolitikerInnen sich so sehr über unsere letzte Info-e-mail enervierten?

Nun, es waren wohl die Szenarien bzw. Unterstellungen, die wir an die Wand gemalt und die Gedankenspiele, die wir konstruiert hatten und die anscheinend den Realitäten zu nahe kamen bzw. kommen.

Alle BürgerInnen lesen fast wöchentlich von Kostenüberschreitungen und Bauzeitverlängerungen bei Großprojekten. Ist dann die Frage danach nicht erlaubt, was eigentlich passiert, wenn Grundstücke bereits vermarktet wurden und sich die Fertigstellung der Straße um Jahre verzögert, was bei fast 6 Kreuzungspartnern leicht denkbar ist? Welche rechtliche Handhabe gibt es dann, die Bauherren am Bau zu hindern, bis die Straße fertig ist?

Bis zum Beginn des Hochbaus, ist der erste Bauabschnitt bereits eine große Tief-Baustelle mit allem erdenklichen Baustellenverkehr. Das wissen auch die PolitikerInnen und wählten daher weiterhin die delphische Formulierung: „Erst die Straße, dann die Häuser“ und nicht das, was die RichterlicherInnen bei der Bürgeranhörung forderten: „Erst die Straße und dann der Satzungsbeschluss BP 950“; denn nur das wäre rechtssicher gewesen. Der vorliegende Beschluss ist zwar das kleinere Übel verglichen mit dem Beschlussvorschlag der Grünen (Herr Rau), lässt aber noch viele Hintertürchen erkennen.

Es bleibt spannend, auch wenn wir uns wohl noch einiges anhören müssen. Wir pilgern weiter, auch bezüglich des Baulandkatasters!

Bei Nachfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Dr. Christian Locher, Hubert Marx, Peter Philippen-Lindt